

Zürich, 2. Dezember 1996

KR-Nr. 350/1996

**INTERPELLATION** von Astrid Kugler (LdU, Zürich), Ruth Genner (Grüne, Zürich) und Dr. Rudolf Aeschbacher (EVP, Zürich)

betreffend Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr, §31

---

Im Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr heisst es in § 31:

"Der Regierungsrat erstattet jährlich mit dem Voranschlag Bericht über den Stand des Fonds sowie über das Investitionsprogramm und dessen Finanzierung."

Wir bitten den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Weshalb hat es der Regierungsrat bis anhin unterlassen, diesem Gesetzesauftrag nachzukommen?
2. Ist der Regierungsrat bereit, in Zukunft diesen Gesetzesauftrag zu erfüllen?
3. Wieweit sind die Arbeiten der 2. Teilergänzung fortgeschritten, welche Projekte wurden bereits verwirklicht? Wir bitten um detaillierte Angaben.
4. Entspricht der Baufortschritt dem ursprünglichen Zeitplan? Wenn nein, weshalb nicht?
5. Welche Investitionen baulicher Art sind in den nächsten 2 Finanzplanperioden vorgesehen? Welche dieser Projekte gehören zur 2. Teilergänzung? Wir bitten um detaillierte Angaben.
6. Der Regierungsrat schlägt auch im Vorschlag 97 vor, nur 40 Mio statt der gesetzlich vorgeschriebenen 70 Mio Franken (siehe PVG) im Verkehrsfonds einzustellen. Es ist aus parlamentarischer Sicht klar, dass dieser Fonds nicht verschulden darf. Wie trägt der Regierungsrat dieser Forderung Rechnung?

Astrid Kugler  
Ruth Genner  
Dr. Rudolf Aeschbacher

K. Günthardt	P. Förtsch	D. Schloeth	A. Schaller
E. Hollenstein	B. Gschwind	E. Zumbrunn	H. Amstutz
N. Bolleter-Malcom	H. Fahrni	D. Vischer	H. Kunz
G. Petri	S. Kamm	H. Müller	V. Püntener-Bugmann
K. Schreiber	P. Reinhard	Dr. U. Talib-Benz	

Begründung:

Wir stellen fest, dass die Regierung bis anhin diesen gesetzlichen Auftrag nicht erfüllt hat. Sowohl das Parlament als auch die breite Öffentlichkeit werden über die vergangenen als

auch die weiteren Ausbauplanungen und über die voraussichtliche Entwicklung des Verkehrsfonds im Unklaren gelassen.